



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

49. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 29. November 1995	Nummer 71
--------------	---	-----------

Glied.-Nr.	Datum	Inhalt	Seite
12	3. 11. 1995	Verordnung zur Bestimmung der lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen	1148
2125	13. 11. 1995	Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelchemiker (APOL) und zur Aufhebung der Verordnung über die Zuständigkeit für die Durchführung des Gesetzes über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“	1148
7822	7. 11. 1995	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über forstliches Saat- und Pflanzgut im Lande Nordrhein-Westfalen	1151
	2. 11. 1995	Bekanntmachung der Genehmigung der Änderungen des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold a) 2. Änderung des Teilabschnittes Oberbereich Paderborn, b) 6. Änderung des Teilabschnittes Lippe, c) 7. Änderung des Teilabschnittes Bielefeld/Gütersloh – Darstellung des Truppenübungsplatzes Senne als Bereich für den Schutz der Natur –	1151
	6. 11. 1995	Bekanntmachung der Genehmigung der 23. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg (Konversion des Militärflughafens Wegberg-Wildenrath mit Streichung der Lärmschutzgebiete)	1152
	10. 11. 1995	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen im ersten Fachsemester für das Wintersemester 1995/96	1152
	12. 11. 1995	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen in höheren Fachsemestern an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester 1995/96	1160

12

**Verordnung
zur Bestimmung der lebens- oder
verteidigungswichtigen Einrichtungen**
Vom 3. November 1995

Aufgrund des § 2 Satz 4 des Gesetzes über die Voraussetzungen und das Verfahren von Sicherheitsüberprüfungen des Landes Nordrhein-Westfalen (Sicherheitsüberprüfungsgesetz Nordrhein-Westfalen – SÜG NW –) vom 7. März 1995 (GV. NW. S. 210) wird im Einvernehmen mit dem Innenminister verordnet:

Artikel I

Lebens- oder verteidigungswichtige Einrichtungen im Geschäftsbereich des Justizministers des Landes Nordrhein-Westfalen sind

1. die Justizvollzugsanstalten des geschlossenen **und** des offenen Vollzuges,
2. die Abschiebungshaftanstalten und
3. das Justizvollzugskrankenhaus in Fröndenberg.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 10. Oktober 1995 in Kraft.

Düsseldorf, den 3. November 1995

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Dr. Behrens

– GV. NW. 1995 S. 1148.

2125

**Verordnung
zur Änderung der Ausbildungs- und
Prüfungsordnung für Lebensmittelchemiker
(APOL) und zur Aufhebung der Verordnung
über die Zuständigkeit für die Durchführung
des Gesetzes über die Berufsbezeichnung
„Lebensmittelchemiker“**

Vom 13. November 1995

Aufgrund des § 3 und des § 4 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 des Gesetzes über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“ vom 7. März 1978 (GV. NW. S. 88), geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 370), wird im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung verordnet:

**Artikel 1
Ausbildungs- und Prüfungsordnung
für Lebensmittelchemiker**

1. Die Überschrift über die Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Lebensmittelchemiker (APOL) vom 27. April 1978 (GV. NW. S. 210) erhält folgende Fassung: „Verordnung über die Durchführung des Gesetzes über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“ (LMChVO).“

2. § 3 Abs. 1 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(1) Die praktische Ausbildung nach § 1 Abs. 1 Nr. 2 findet nach dem Bestehen der Ersten staatlichen Prüfung an dem Chemischen Landes- und Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt statt. Sie beträgt 12 Monate. Eine praktische Ausbildung in einer chemischen Untersuchungsstelle der Bundeswehr wird in vollem Umfang auf diese Ausbildungszeit angerechnet.“

3. § 3 Abs. 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(2) Soweit das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt die praktische Ausbildung nicht selbst durchführt, kann es die Praktikanten im Rahmen seiner Ausbildungszuständigkeit

1. einem anderen öffentlichen Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsamt,
2. bis zu vier Monaten
 - a) der Lebensmittelwirtschaft,
 - b) einem Handelslabor,
 - c) einem Hochschullabor oder
 - d) einer sonstigen Forschungseinrichtung und
3. bis zu zwei Monaten
 - a) einer für die Lebensmittelüberwachung zuständigen Behörde,
 - b) einem Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt,
 - c) einer Bezirksregierung,
 - d) dem Landesumweltamt oder
 - e) einem Staatlichen Umweltamt

zuweisen. Zur Sicherstellung einer gleichwertigen Ausbildung schließt es in diesen Fällen Vereinbarungen über die Ausbildungsstätte, den Ausbildungsort, die Ausbildungsinhalte und die Ausbildungsqualifikation der für die Ausbildung verantwortlichen Person ab.“

4. § 3 Abs. 3 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(3) Während der praktischen Ausbildung sollen die im vorhergehenden Studium erworbenen lebensmittelchemischen Kenntnisse vertieft, erweitert und praktisch angewendet werden. Zur Ausbildung gehören sämtliche lebensmittelchemischen und lebensmittelrechtlichen Aufgaben. Die Ausbildung muß in der Regel von einem Lebensmittelchemiker geleitet werden. Der Praktikant hat seine Arbeitskraft zu ganztagiger Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Er darf nicht zu Tätigkeiten herangezogen werden, die seine Ausbildung nicht fördern.“

5. § 3 Abs. 4 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(4) Die praktische Ausbildung kann bis zu insgesamt 30 Ausbildungstagen unterbrochen werden. Bei längeren Unterbrechungszeiten entscheidet der Vorsitzende der Prüfungskommission über eine ggf. erforderliche, angemessene Verlängerung der Ausbildung.“

6. Nach § 3 Abs. 4 wird folgender Absatz angefügt:

„(5) Der Praktikant erhält über die jeweilige Ausbildung eine Bescheinigung nach dem Muster der **Anlage 5** dieser Verordnung. Dies gilt nicht für den Zeitraum des praktischen Teils der Zweiten staatlichen Prüfung.“

7. In § 4 Abs. 2 Satz 3 werden die Wörter „beim Chemischen Landesuntersuchungsamt“ durch die Wörter „beim Chemischen Landes- und Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt“ ersetzt.

8. § 7 Abs. 5 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. die Nachweise über die praktische Ausbildung nach § 3 Abs. 5.“

9. § 10 Abs. 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(2) Der praktische Teil der Zweiten staatlichen Prüfung der Lebensmittelchemiker findet im letzten Monat des Praktikums in einem öffentlichen Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsamt statt. Danach erfolgt die mündliche Prüfung vor der Prüfungskommission für die Zweite staatliche Prüfung.“

10. In § 17 Abs. 2 wird Satz 2 durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„§ 16 Abs. 3 Satz 1 bis 6 gilt entsprechend; die Berichte sind im Untersuchungsamt während einer zusammenhängenden Bearbeitungszeit von bis zu

acht Stunden unter Ausschluß fremder oder unzulässiger Hilfe zu erstellen und dem Prüfer oder dessen Beauftragten spätestens bis zum Ablauf dieser Frist zu übergeben. Die Berichte zum ersten und zweiten Prüfungsfach sind in der für die amtliche Lebensmittelüberwachung erforderlichen Form abzufassen.“

11. Im Vierten Abschnitt werden an die Überschrift „Schlußbestimmungen“ die Wörter „und Zuständigkeiten“ angefügt.

12. Nach § 18 wird folgender § 18a eingefügt:

**„§ 18a
Zuständigkeiten**

- (1) Zuständig im Sinne des § 3 des Gesetzes über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“ ist
 - 1. für die Erteilung der Erlaubnis nach § 2 des Gesetzes die Bezirksregierung,
 - 2. für die Einstellung der Praktikanten die Bezirksregierung Münster auf Vorschlag des Chemischen Landes- und Staatlichen Veterinäruntersuchungsamtes.
- (2) Örtlich zuständig nach Absatz 1 Nr. 1 ist die Bezirksregierung, in deren Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz hat oder, wenn eine Zuständigkeit danach nicht gegeben ist, seinen Wohnsitz begründen will oder, wenn eine Zuständigkeit auch danach nicht gegeben ist, zuletzt seinen Wohnsitz gehabt hat. Ist eine Zuständigkeit auch danach nicht gegeben, so ist die Bezirksregierung Düsseldorf zuständig.“

13. Anlage 5 erhält die Fassung der Anlage dieser Verordnung. **Anlage**

**Artikel 2
Verordnung**

**über die Zuständigkeit für die Durchführung des Gesetzes
über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“**

Die Verordnung über die Zuständigkeit für die Durchführung des Gesetzes über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker“ vom 11. April 1978 (GV. NW. S. 206) wird hiermit aufgehoben.

**Artikel 3
Übergangsvorschrift**

Für das Praktikum, das vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung bereits begonnen wurde, gelten abweichend von Artikel 1 und 2 die bisherigen Vorschriften.

**Artikel 4
Inkrafttreten**

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1995 in Kraft.

Düsseldorf, den 13. November 1995

Die Ministerin
für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft
des Landes Nordrhein-Westfalen
Bärbel Höhn

Anlage**„Anlage 5
(zu § 3 Abs. 5)****Bescheinigung über die praktische Ausbildung**

Herr/Frau

geboren am in

ist in der Zeit vom bis

nach § 3 Abs. 2 Nr. Buchstabe der Verordnung über die Durchführung des Gesetzes über die Berufsbezeichnung „Lebensmittelchemiker (LMChVO)“ unter meiner Aufsicht und meiner Anleitung praktisch ausgebildet worden. Er/Sie hat in dieser Zeit ganztagig mitgearbeitet.

Die Ausbildung ist nicht/an insgesamt Ausbildungstagen unterbrochen worden.

.....
(Ort)
(Datum)

(Siegel oder Stempel)
(Bezeichnung der Ausbildungsstätte)

.....
(Unterschrift der für die Ausbildung verantwortlichen Person)"

– GV. NW. 1995 S. 1148.

7822

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung
zur Durchführung des Gesetzes
über forstliches Saat- und Pflanzgut
im Lande Nordrhein-Westfalen**

Vom 7. November 1995

Die Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über forstliches Saat- und Pflanzgut im Lande Nordrhein-Westfalen vom 16. Juli 1986 (GV. NW. S. 584) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden die Worte „der Wald- oder Baumbesitzer“ durch die Worte „der Wald- oder Baumbesitzerinnen und -besitzer“ ersetzt.
2. In § 2 werden die Worte „des Wald- oder Baumbesitzers oder des sonstigen Nutzungsberechtigten“ durch die Worte „der Wald- oder Baumbesitzerinnen und -besitzer oder der sonstigen Nutzungsberechtigten“ ersetzt.
3. In § 3 werden die Worte „vom Wald- oder Baumbesitzer oder seinem Beauftragten“ durch die Worte „von den Wald- oder Baumbesitzerinnen und -besitzern oder deren Beauftragten“ ersetzt.
4. § 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

Zuständige Behörden und Stellen nach dem Gesetz über forstliches Saat- und Pflanzgut sind:

1. Das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft für Mitteilungen
 - der Standortbeschreibungen und ihrer Änderungen nach § 7 Abs. 2 und
 - der Registereintragungen und ihrer Änderungen nach § 9 Abs. 2
 an das Bundesministerium,
2. der Direktor der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragter für
 - die Zulassung von Ausgangsmaterial für die Gewinnung von Vermehrungsgut nach § 8 Abs. 1,
 - die Eintragungen in das Erntezulassungs- und Baumzuchtreister nach § 9 Abs. 1 Satz 1,
 - die Gestattung, statt der Kontrollbücher andere entsprechende Unterlagen zu führen, nach § 19 Abs. 1 Satz 3,
3. das Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd für
 - die Entgegennahme einer Durchschrift des Begleitscheines nach § 10 Abs. 2 Satz 2,
 - die Entgegennahme von Mitteilungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 2,
 - die Vorführung von Sendungen nach § 14 Abs. 1 Nr. 3,
 - die Entgegennahme der Anzeige über die Aufnahme oder Beendigung des Betriebes von Forstsamen- und Forstpflanzenbetrieben nach § 18 Abs. 1,
 - die Überprüfung der technischen Einrichtungen über die ordnungsgemäße Aufbereitung von Saatgut oder die Anzucht von Pflanzgut nach § 18 Abs. 3,
 - die Untersagung der Fortführung von Forstsamen- oder Forstpflanzenbetrieben sowie die Aufhebung des Verbotes nach § 18 Abs. 4,
 - die Entgegennahme der Meldungen über die Erzeugung, die Vorräte, den Eingang, die Vorratsveränderungen und den Ausgang von Vermehrungsgut nach § 19 Abs. 3 Satz 1,
 - die Überwachung der Durchführung des Gesetzes über forstliches Saat- und Pflanzgut sowie der dazu erlassenen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften nach § 20 Abs. 1, 3 und 4,
 - die Erteilung amtlicher Zeugnisse über die Herkunft oder Identität von Vermehrungsgut zum Zwecke der Ausfuhr nach § 21 Satz 1,

4. die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten/Landesamt für Agrarordnung für die Beschreibung der Standorte, an denen Vergleichsprüfungen für die Zulassung von Ausgangsmaterial für die Gewinnung von geprüftem Vermehrungsgut durchgeführt wurden, nach § 7 Abs. 1 Satz 1.“

5. In § 6 werden die Worte „des Wald- oder Baumbesitzers oder des sonstigen Nutzungsberechtigten“ durch die Worte „der Wald- oder Baumbesitzerinnen und -besitzer oder der sonstigen Nutzungsberechtigten“ ersetzt.
6. In § 7 werden die Worte „den Direktor der Landwirtschaftskammer als Landesbeauftragten“ durch die Worte „das Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd“ ersetzt.
7. In § 8 werden die Worte „den Minister“ durch die Worte „das Ministerium“ ersetzt.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Die Verordnung wird erlassen

- a) von der Landesregierung aufgrund des § 5 Abs. 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1994 (GV. NW. S. 1114), insoweit nach Anhörung des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz des Landtags, sowie des § 22 des Gesetzes über forstliches Saat- und Pflanzgut in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juli 1979 (BGBI. I S. 1242), zuletzt geändert durch Gesetz vom 2. August 1994 (BGBI. I S. 2018), und des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBI. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Oktober 1994 (BGBI. I S. 3186);
- b) vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen aufgrund des § 10 Abs. 4 des Gesetzes über forstliches Saat- und Pflanzgut in Verbindung mit § 8 der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über forstliches Saat- und Pflanzgut im Lande Nordrhein-Westfalen vom 16. Juli 1986 (GV. NW. S. 584).

Düsseldorf, den 7. November 1995

Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
(L. S.) Johannes Rau

Die Ministerin für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft
Bärbel Höhn

– GV. NW. 1995 S. 1151.

**Bekanntmachung
der Genehmigung der Änderungen
des Gebietsentwicklungsplanes
für den Regierungsbezirk Detmold**

- a) 2. Änderung des Teilabschnittes Oberbereich Paderborn,
 - b) 6. Änderung des Teilabschnittes Lippe,
 - c) 7. Änderung des Teilabschnittes Bielefeld/Gütersloh
- Darstellung des Truppenübungsplatzes Senne
als Bereich für den Schutz der Natur –

Vom 2. November 1995

Der Bezirksplanungsrat des Regierungsbezirks Detmold hat in seiner Sitzung am 15. Mai 1995 die Aufstellung der Änderungen des Gebietsentwicklungsplanes für

den Regierungsbezirk Detmold
 a) 2. Änderung des Teilabschnittes Oberbereich Paderborn,
 b) 6. Änderung des Teilabschnittes Lippe und
 c) 7. Änderung des Teilabschnittes Bielefeld/Gütersloh
 – Darstellung des Truppenübungsplatzes Senne als Bereich für den Schutz der Natur – beschlossen.

Diese Änderungen habe ich mit Erlass vom 13. Oktober 1995 – VI B 1 – 60.36.07 – gemäß § 16 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Juni 1994 (GV. NW. S. 474) im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministerien genehmigt. Gemäß § 16 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes werden die in der Änderung des Gebietsentwicklungsplanes enthaltenen Darstellungen mit der Bekanntmachung der Genehmigung Ziele der Raumordnung und Landesplanung.

Die Änderungen des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold, Teilabschnitte Oberbereich Paderborn, Lippe und Bielefeld/Gütersloh werden beim Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (Landesplanungsbehörde) in Düsseldorf, bei der Bezirksregierung Detmold (Bezirksplanungsbehörde), bei den Oberkreisdirektoren der Kreise Höxter, Paderborn, Lippe und Gütersloh sowie bei allen Städten und Gemeinden, auf deren Bereich sich die Planung erstreckt, zur Einsicht für jedermann niedergelegt.

Die Bekanntmachung der Genehmigung der Gebietsentwicklungsplan-Änderungen im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen erfolgt nach § 16 Abs. 2 Satz 1 des Landesplanungsgesetzes.

Gemäß § 17 des Landesplanungsgesetzes weise ich auf folgendes hin:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften bei der Erarbeitung und Aufstellung der Änderungen des Gebietsentwicklungsplanes ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung bei der Bezirksregierung Detmold (Bezirksplanungsbehörde) geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes oder deren Bekanntmachung verletzt worden sind.

Düsseldorf, den 2. November 1995

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
 und Landwirtschaft
 des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
 Adamowitsch

– GV. NW. 1995 S. 1151.

**Bekanntmachung
 der Genehmigung der 23. Änderung
 des Gebietsentwicklungsplanes
 für den Regierungsbezirk Köln,
 Teilabschnitt Kreise Düren, Euskirchen,
 Heinsberg (Konversion des Militärflughafens
 Wegberg-Wildenrath mit Streichung
 der Lärmschutzgebiete)**
Vom 6. November 1995

Der Bezirksplanungsrat des Regierungsbezirks Köln hat in seiner Sitzung vom 15. September 1995 die Aufstellung der 23. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg (Konversion des Militärflughafens Wegberg-Wildenrath mit Streichung der Lärmschutzgebiete) beschlossen.

Diese Änderung habe ich mit Erlass vom 18. Oktober 1995 – VI B 1 – 60.71.21 – gemäß § 16 Abs. 1 des Landesplanungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung

vom 29. Juni 1994 (GV. NW. S. 474) im Einvernehmen mit den fachlich zuständigen Landesministerien genehmigt. Gemäß § 16 Abs. 3 des Landesplanungsgesetzes werden die in der Änderung des Gebietsentwicklungsplanes enthaltenen Darstellungen mit der Bekanntmachung der Genehmigung Ziele der Raumordnung und Landesplanung.

Die 23. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, wird beim Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (Landesplanungsbehörde) in Düsseldorf, bei der Bezirksregierung Köln (Bezirksplanungsbehörde), beim Oberkreisdirektor des Kreises Heinsberg und bei allen Städten und Gemeinden, auf deren Bereich sich die Planung erstreckt, zur Einsicht für jedermann niedergelegt.

Die Bekanntmachung der Genehmigung der Änderung des Gebietsentwicklungsplanes im Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen erfolgt nach § 16 Abs. 2 Satz 1 des Landesplanungsgesetzes.

Gemäß § 17 des Landesplanungsgesetzes weise ich auf folgendes hin:

Eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften des Landesplanungsgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsvorschriften bei der Erarbeitung und Aufstellung der Änderung des Gebietsentwicklungsplanes ist unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich unter Bezeichnung der Verletzung innerhalb eines Jahres nach dieser Bekanntmachung bei der Bezirksregierung Köln (Bezirksplanungsbehörde) geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung des Gebietsentwicklungsplanes oder deren Bekanntmachung verletzt worden sind.

Düsseldorf, den 6. November 1995

Ministerium für Umwelt, Raumordnung
 und Landwirtschaft
 des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag
 Adamowitsch

– GV. NW. 1995 S. 1152.

**Zweite Verordnung
 zur Änderung der Verordnung
 über die Festsetzung von Zulassungszahlen
 und die Vergabe von Studienplätzen
 im ersten Fachsemester
 für das Wintersemester 1995/96**

Vom 10. November 1995

Aufgrund des § 10 Abs. 2 und des § 11 des Zweiten Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsgesetz NW – HZG NW) vom 11. Mai 1993 (GV. NW. S. 204), geändert durch Artikel V des Gesetzes vom 6. Juli 1993 (GV. NW. S. 476), wird verordnet:

Artikel I

Die Anlagen zur Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen im ersten Fachsemester für das Wintersemester 1995/96 vom 25. Juni 1995 (GV. NW. S. 600), geändert durch Verordnung vom 23. August 1995 (GV. NW. S. 973), werden durch die Anlagen zu dieser Verordnung ersetzt.

Anlagen

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juni 1995 in Kraft.

Düsseldorf, den 10. November 1995

Die Ministerin
 für Wissenschaft und Forschung
 des Landes Nordrhein-Westfalen
 Anke Brunn

Anlage 1 zur Verordnung vom 10. November 1995 (GV. NW. S. 1152)

Zulassungszahlen in zentralen Verfahren

Studiengang	TH AC	Uni BI	Uni BO	Uni BN	Uni DO	U-GH- DU	Uni D	U-GH- E	Uni K	DSH K	Uni MS	U-GH- PB	U-GH- SI	U-GH- W
- Universitätsstudiengänge ohne Lehrämter -														
Architektur, Diplom A	236				90									
Betriebswirtschaftslehre, Diplom A	249	321			286		188	*379	567		377	*189	*407	
Biologie, Diplom A	85	98	173	148			174		168		139			
Geologie, Diplom V	34		38	76					40		33			
Haushalts- und Ernährungswissenschaft, Diplom A				138										
International Business, Diplom A													*80	
Kunstgeschichte, Magister - Hauptfach	31		66	44			21		48		42			
Kunstgeschichte, Magister - Nebenfach	12		52	29			6		97		30			
Lebensmittelchemie, Staatsexamen A				10							34		* 12	
Medizin, Staatsexamen B	270		341	138			172	155	163		147			
Pharmazie, Staatsexamen A				81			52				70			
Psychologie, Diplom A	124	140	88				74		81		121		*23	
Rechtswissenschaft, Staatsexamen A	500	391	432				140		492		448			
Sport, Diplom A	41	44									316			
Volkswirtschaftslehre, Diplom A	56		235	40			*112	141			194	*46	*68	
Volkswirtschaft sozialwissenschaftl. Richtung, Diplom A									51					
Wirtschaftsinformatik, Diplom A								*77	92		101	*53		
Wirtschaftspädagogik, Diplom A									75				*87	
Wirtschaftswissenschaft, Diplom A			330			*382								*421
Zahnmedizin, Staatsexamen B	66			24			41		54		44			
- Lehramtsstudiengänge -														
<u>Abschluß Erste Staatsprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe II</u>														
Biologie A	33	66	64	56			51	39	95		105			
<u>Erste Staatsprüfung für das Lehramt für die Primarstufe A</u>		204			188			271	287		594	193	198	173

Abkürzungen: TH = Technische Hochschule
 Uni = Universität
 U-GH- = Universität - Gesamthochschule
 DSH = Deutsche Sporthochschule

A = Auswahlverfahren
 B = Besonderes Auswahlverfahren
 V = Verteilungsverfahren
 * = integrierter Studiengang

Anlage 2 zur Verordnung vom 10. November 1995 (GV. NW, S. 1152)

Zulassungszahlen in zentralen Verfahren

-Fachhochschulstudiengänge -

Allg. Auswahlverfahren Studiengänge	FH Aachen AC	FH Bielefeld BI	FH Gelsenkirchen BO	FH Köln GM	FH Lippe LEM	Märkische FH HA
	JUL	MI	GE	K	DT	IS
Architektur mit Eignungsprüfung			87		87	58
Architektur ohne Eignungsprüfung	105	61		133		
Bauingenieurwesen	180	77	138		126	150
Entsorgungstechnik			70			
Allgemeine Informatik				54	41	
Techn. Informatik				59	30	
Ingenieurinformatik ***			70			
Innenarchitektur						111
Landespflege						
Maschinenbau/ Fahrzeugtechnik					126	
Öffentl. Bibliothekswesen					120	
Produktdesign	36			27		
Produktdesign/ Schmuck-Design					16	
Sozialarbeit		39		146	152	90
Sozialpädagogik		92		195	262	280
Technische B W L						87
Übersetzen/Dolmetschen					256	
Versorgungstechnik			50		119	
Vis.Kommunikation/ Foto/Film Design				69		
Vis. Kommunikation/ Grafik-Design	42			42	88	
Wirtschaft	84	140	135	110	97	172
Wirtschaftsinformatik				74		69
International Business *						
Lebensmittelchemie *						
Psychologie *						
Wirtschaftsinformatik *						
Wirtschaftswissenschaft *						

Allg. Auswahlverfahren Studiengänge	FH Münster MS		FH Niederrhein KR		FH Rhein-Sieg St.A		U-GH DU	U-GH E	U-GH Paderborn HX			U-GH SO	U-GH SI	U-GH W
		ST		MG	RH-B		PB	MES						
Architektur mit Eignungsprüfung	153													
Architektur ohne Eignungsprüfung												87		
Bauingenieurwesen	150												160	
Entsorgungstechnik														
Allgemeine Informatik														
Techn. Informatik														
Ingenieurinformatik ***														
Innenarchitektur														
Landespflege									70		96			
Maschinenbau/ Fahrzeugtechnik														
Öffentl. Bibliothekswesen														
Produktdesign	14		63											
Produktdesign/ Schmuck-Design														
Sozialarbeit	34			** 67					53					
Sozialpädagogik	87			** 96					52					
Technische B W L														
Übersetzen/Dolmetschen														
Versorgungstechnik		137												
Vis.Kommunikation/ Foto/film Design														
Vis. Kommunikation/ Grafik-Design	30		36											
Wirtschaft	156				102	30	30							
Wirtschaftsinformatik														
International Business *									20					12
Lebensmittelchemie *														
Psychologie *														47
Wirtschaftsinformatik *									77	22				
Wirtschaftswissenschaft *									165	211	139			205
														186

FH = Fachhochschule
 U-GH- = Universität-Gesamthochschule-
 * = Integrierter Studiengang
 ** = Modelstudienfächer
 *** : insbesondere Mikroinformatik

Anlage 3 zur Verordnung vom 10. November 1995 (GV. NW. S. 1152)

Zulassungszahlen für örtliche Zulassungsbeschränkungen

- Universitätsstudiengänge ohne Lehrämter -	TH AC	Uni BI	Uni BO	Uni BN	Uni DO	Uni D	U-GH-DU	U-GH-E	DSH K	Uni K	Uni MS	U-GH-PB	U-GH-SI	U-GH-W
Angewandte Kulturwissenschaft Magister / Prom. - Nebenfach												100		
Außerschul. Erziehungs- u. Sozialwesen, Diplom **													**58	
Baugeschichte Magister - Hauptfach	5													
	- Nebenfach	10												
Bauingenieurwesen, Diplom **											**200			
Biochemie Diplom	17	60												
Deutsch als Fremdsprache Magister - Hauptfach	22													
	- Nebenfach	11												
Geographie, Diplom				60							76	43		
	Magister - Hauptfach			4										
Germanistik Magister - Hauptfach											129			
	- Nebenfach										258			
Journalistik , Diplom					* 52									
Kommunikationstechnologie - Druck, Diplom **													**60	
Kommunikationswissenschaft Magister - Hauptfach									91					
	- Nebenfach								14					
Landschaftsökologie, Diplom											76			
Lebensmitteltechnologie, Diplom				20										
Medienplanung, Medienentwicklung Medienberatung , Diplom **													**47	
Medienwissenschaft Magister - Nebenfach						103								
Ökologie, Diplom **									** 40					
Ökonomie / sozialwiss. Richtung , Diplom					30									
Pädagogik, Diplom Magister - Hauptfach											70	100		
	- Nebenfach										20	10		
											40	50		

Studiengang	TH AC	Uni BI	Uni BO	Uni BN	Uni DO	Uni D	U-GH- DU	U-GH- E	DSH K	Uni K	Uni MS	U-GH- PB	U-GH- SI	U-GH- W
Psychologie,										5				
<u>Magister / Prom. - Hauptfach</u>														
- Nebenfach	45	43	39			35				20	30			
Publizistik,				48							95			
<u>Magister / Prom. - Hauptfach</u>				21							95			
Raumplanung,						158								
Diplom														
Regionalwiss. Nordamerika							30							
<u>Magister / Prom. - Hauptfach</u>														
Sozialwissenschaften,								** 270						
Diplom **														
Politologie							77				87			
<u>Magister / Prom. - Hauptfach</u>											87			
- Nebenfach														
Soziologie							36				46			
<u>Magister / Prom. - Hauptfach</u>											76			
- Nebenfach														
Theaterwissenschaft,											42			
<u>Magister / Prom. - Hauptfach</u>				92										
- Nebenfach				58							85			
Völkerkunde,											24			
<u>Magister / Prom. - Hauptfach</u>														
- Nebenfach											47			
Volkswirtschaftslehre											42			
<u>Magister - Nebenfach</u>														

Ergänzungsstudiengang Erziehungs-wissenschaft, Planung und Beratung im Sozialwesen , Diplom								60						
---	--	--	--	--	--	--	--	----	--	--	--	--	--	--

- Lehramtsstudiengänge -														
<u>für das Lehramt für die Sekundarstufe II</u>														
Deutsch							65				121			
Geographie						24						32		
Kommunikationstechnologie - Druck / berufliche Fachrichtung														20
Pädagogik											20	40		
Sonderpädagogik							3							
Sozialwissenschaften						27					44			
Sport										144				
Türkisch									84					
Wirtschaftswissenschaft											43			
<u>für das Lehramt für die Sekundarstufe I</u>														
Deutsch							101				78			
Sport										25				
Sonderpädagogik SP							144							

*: 11 zusätzliche Studienanfänger bei nachgewiesem Volontariat.

**: integrierter Studiengang

Abkürzung: Uni = Universität

U-GH- = Universität-Gesamthochschule

DSH = Deutsche Sporthochschule

TH = Technische Hochschule

Anlage 4 zur Verordnung vom 10. November 1995 (GV. NW. S. 1152)
Zulassungszahlen für örtliche Zulassungsbeschränkungen
- Fachhochschulstudierende -

Studiengang	FH	FH	FH	FH	FH	U-GH	U-GH	FH	Gelsenkirchen	FH	Märk.	FH	FH	U-GH-	U-GH-
	AC	Bl	BO	DO	D	DU	E	GE	RE	BOC	K	GM	HA	Lippe	Niederrhein
														PB	Si
Kommunikationstechnologie - Druck *															
Lebensmitteltechnologie															
Mechatronik															
Medienplanung, Medienentwicklung, Medienberatung *															
Ökologie *															
Pflegepädagogik															
Pflegemanagement															
Physikalische Technik															
Produktdesign															
Produktdesign / Mode-Design															
Vis. Kommunikation/Foto-/Film-Design															
Vis. Kommunikation/Grafik-Design															
Produktionstechnik															
Sozialwissenschaften *															
Technischer Umweltschutz															
Textil- und Bekleidungstechnik / Bekleidungstechnik															
/ Textilechnik															
Verbundstudiengang Technische BW															
Versicherungswesen															
Wirtschaftsingenieurwesen															
Zusatztudiengang															
Versicherungswesen															
Weiterbildender Studiengang Wirtschaft für Ingenieure in mittelständigen Betrieben der Haustechnik															
Zusatztudiengang															
Wirtschaftsingenieurwesen															

Abkürzungen: U-GH = Universität-Gesamthochschule FH = Fachhochschule
 * : integrierter Studiengang

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung
über die Festsetzung von Zulassungszahlen
und die Vergabe von Studienplätzen
in höheren Fachsemestern an den Hochschulen
des Landes Nordrhein-Westfalen
zum Wintersemester 1995/96**

Vom 12. November 1995

Aufgrund des § 8, des § 10 Abs. 2 und des § 11 Nr. 2 des Zweiten Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Nordrhein-Westfalen (Hochschulzulassungsgesetz NW – HZG NW) vom 11. Mai 1993 (GV. NW. S. 204), geändert durch Artikel V des Gesetzes vom 6. Juli 1993 (GV. NW. S. 476), wird verordnet:

Artikel I

Die Anlage zu der Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen in höheren Fachsemestern an den Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen zum Wintersemester 1995/96 vom 24. August 1995 (GV. NW. S. 976), wird durch **Anlage** die Anlage zu dieser Verordnung ersetzt.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Juni 1995 in Kraft.

Düsseldorf, den 12. November 1995

Die Ministerin
für Wissenschaft und Forschung
des Landes Nordrhein-Westfalen
Anke Brunn

**Zahl der Studienplätze in höheren Fachsemestern
gemäß der Verordnung vom 12. November 1995 (GV. NW. S. 1160)**

I. Studiengänge an Wissenschaftlichen Hochschulen

Studiengang/ Studienrichtung	Abschluß	Fach- semester	TH AC	UNI BI	UNI BO	UNI BN	UNI D	UGH E	UNI K	UNI MS	UGH DU	UGH PB	UGH SI
Architektur	(Diplom)	3. 5. 7.	229 222 215										
Betriebswirtschaft	(Diplom)	2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9.	88 230				185		261 525 241 485 223 449 206 414	186 349 172 322 159 298 147 276			
Biochemie	(Diplom)	3.		17									
Biologie	(Diplom)	3. 5. 7. 9. 5.- 9.		88					152 138 125 113				
Biologie	(LA & II)	3. 5.		65					88 82				
Deutsch	(LA & I)	2. 3. 4. 5. 6.							32R 51R 21R 34R 14R				
Deutsch als Fremdsprache	(Magister, Hauptfach)	2.		9									
International Business Studies (integriert)	(Diplom)	3. 5.									94 88		
Kunstgeschichte	(Magister, Hauptfach)	3.							44				
	(Magister, Nebenfach)	3.							89				
Landschaftsökologie	(Diplom)	3.								76			
Lebensmittelchemie	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 6.				10 9 9 9 9							
Lehramt Primarstufe	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 6.							100R 239R 83R 198R 69R				
Medienwissenschaft	(Magister, Nebenfach)	3. 5. 7. 9.					77 57R 42R 30R						
Medienplanung, Medienent- wicklung, Medienberatung (integriert)	(Diplom)	3. 5. 7.										61 60 59	
Medizin/Vorklinischer Teil	(Staatsexamen)	2. 3. 4.		263		328	135 133 130	171 172 171	159 152 156	146 147 146			
Medizin/ Klinischer Teil	(Staatsexamen)	1. 2. 3. 4. 5.-6.	167 72 167 72 239			232	108 107 108 107 215	120 120 120 120 240	188 91 180 87 257	134 133 134 133 267	126 126 126 126 252		

Studiengang/ Studienrichtung	Abschluß	Fach- semester	TH AC	UNI BI	UNI BO	UNI BN	UNI D	UGH E	UNI K	UNI MS	UGH DU	UGH PB	UGH SI
Ökologie	(Diplom)	3. 5.						50 50					
Ökonomie/Wirtschafts- wissenschaft	(Diplom)	2.-4.			570								
Pädagogik	(Diplom)	2. 3. 4. 5.							27R 57R 22R 46R				
Pharmazie	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 6. 7. 8.				78 78 76 75 73 73 70	50 49 47 47 46 44 42		68				
Psychologie	(Diplom)	3. 5. 7. 9. 5.-8. 5.-9.		114 131 238 288		88	66		81 81 81 81	115			
Psychologie	(Magister, Hauptfach)	3. 5. 7. 9.							5 5 5 5				
	(Magister, Nebenfach)	3. 5. 7. 9.					30 25 22 18R		20 20 20 20				
Rechtswissenschaft	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 7.		97 337 154	178 405 199	212 140 140			230R 455R 212R	182			
Sozialwissenschaft (integriert)	(Diplom)	3.								353			
Theater-, Film- u. Fernseh- wissenschaft	(Magister, Hauptfach)	3.							39R				
	(Magister, Nebenfach)	3.							79R				
Völkerkunde	(Magister, Hauptfach)	3.							22R				
	(Magister, Nebenfach)	3.							44R				
Volkswirtschaft	(Diplom)	2. 3.							69 140				
Volkswirtschaft sozial- wissenschaftl. Richtung	(Diplom)	2. 3.							27 46				
	(Diplom)	3. 5. 7.							86 80 74				
Wirtschaftsinformatik	(Diplom)	2. 3.							37 75				
	(Diplom)	2. 3.							43 44				
Zahnmedizin	(Staatsexamen)	2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10.		66 66 66 66 66 66 22		24 24 23 23 23 22 22	41 41 41 41 41 41 41		52 49 47 45	44 44 44 44			

R : Die Aufnahme von Studenten ist auf Rückmelder beschränkt.

II. Fachhochschulstudiengänge

Studiengang/ Studienrichtung	Abschluß	Fachse- mester	UGH Essen	UGH Paderborn Abt. Höxter	FH Bochum	FH Dortmund	FH Düsseldorf	FH Köln	FH Lippe Abt., Detmold	FH Münster	FH Krefeld Abt. MG
Allgemeine Informatik	(Diplom)	3. 5. 7.				54 54 54					
Architektur	(Diplom)	3. 5. 7.				133 133 133		181 181	58 58		
Bauingenieurwesen	(Diplom)	3. 5.			138 138						
Bekleidungstechnik	(Diplom)	3.									188
Film/Fernsehen	(Diplom)	3. 5.				20 20					
Landespflege	(Diplom)	3. 5. 7.	70 70 96	96 96 96							
Maschinenbau/Fahrzeugtechnik	(Diplom)	3.						120			
Maschinenbau-Fertigungs-/ Konstruktionstechnik	(Diplom)	3. 5.						146 126			
Pflegemanagement	(Diplom)	3.								30	
Produktionstechnik	(Diplom)	3. 5.						59 59			30
Sozialarbeit	(Diplom)	3. 4. 5.. 6. 7.			143 141 138			87 85 84 83			61 55 49
Soziopol. Pädagogik	(Diplom)	3. 5. 7.						248 220			92 88 84
Technische Informatik	(Diplom)	3. 5. 7.			58 58 57						
Technischer Umweltschutz	(Diplom)	3. 5.		93 91							
Übersetzen/Dolmetschen	(Diplom)	3. 5.						240 225			
Wirtschaft	(Diplom)	2. 3. 4. 5. 6. 7.			110 110 110 110 110	96 97 96 100	167 165 160		52 154 51	45 97 43 93 41	
Wirtschaftsinformatik	(Diplom)	3. 5.				73 73					
Wirtschaftsingenieurwesen (Zusatzzstudium)	(Diplom)	3.				70					

Einzelpreis dieser Nummer 6,60 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/238 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf
Bezugspreis halbjährlich 57,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 114,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.
Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Fax (0211) 9682/229, Tel. (0211) 9682/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabeinsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsbuches für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Monchengladbach

ISSN 0177-5359